

ROSENHEIMER RUNDBRIEF, NR. 72

WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE:

Bundespolizei Teil 2	2
Stärkung der ARGE	2
Pflegeversicherung	3
Mautausweichverkehr	3
Persönlich gesehen	4

Lebensraum Alpen in Kiefersfelden

Nachdem die eigentlich am 31.3.2007 geplante Veranstaltung „Lebensraum Alpen“ wegen eines Unfalls von Hauptreferentin Karin Roth MdB, der parlamentarischen Staatssekretärin aus dem Bundesverkehrsministerium, leider kurzfristig ausfallen musste, steht jetzt der Nachholtermin fest:

**Mittwoch, 25.7.2007,
18.30 Uhr im Gruberhof-Stadl, König-Otto-Str. 2, Kiefersfelden**

Themen der Veranstaltung im Rahmen von „SPD-Bundestagsfraktion vor Ort“ werden die Zukunft des Alpentransitverkehrs und die steigende Lärm- und Umweltbelastung sein. Es geht u.a. um Brennerbasistunnel, Pkw-Maut und Mautausweichverkehr. **Ihr seid herzlich eingeladen!**

Bundespolizei: Chronik einer Posse

Der Schock war groß, als das Aus für die Bundespolizeiabteilung mit ihren 500 Beschäftigten in Rosenheim durch die Bundespolizeireform von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) verkündet wurde. Umso größer war dann die Erleichterung, als bekanntgegeben wurde, dass über 450 Stellen dank des tatkräftigen Einsatzes unserer Staatsregierung erhalten bleiben sollen. Soweit so gut, sollte man meinen. Warum sich viele Bundespolizisten trotzdem verschaukelt vorkommen – mir geht es genauso – wird erst klar, wenn man die Hintergründe kennt. Diese erstaunliche „Chronik einer Posse“ möchte ich Euch nicht vorenthalten...

Ich stand wegen der Reform sowohl mit den SPD-Innenpolitikern als auch der Rosenheimer Bundespolizei schon lange in Kontakt. Ende 2006 erfuhr ich dann, dass eine Bundespolizeiabteilung in Bayern – Rosenheim, Deggendorf oder Bayreuth – im Rahmen der Reform wegfallen soll. Ich wandte mich daher via OVB an die Öffentlichkeit, um die Betroffenen vor Ort zu mobilisieren. Die Reaktion der lokalen CSU war scharf. Von „**Panikmache**“ war die Rede. Es gebe „**keinen Anlass zur Beunruhigung**“, die Abteilung sei „**keinesfalls**“ in Gefahr.

Wie es weiterging, wissen wir: Obwohl die von Schäuble eingesetzte Expertenkommission die Rosenheimer Bundespolizeiabteilung besser als die bayerische Konkurrenz (Platz 3 aller deutschen Bundespolizeiabteilungen!) einstufte, setzte uns Schäuble auf die Streichliste.

Ich hatte vor der Entscheidung neben den vielen Lobbygesprächen für Rosenheim u.a. noch mit der bayerischen SPD-Landesgruppe eine gemeinsame Resolution für den Erhalt der 3 bayerischen Bundespolizeiabteilungen an Schäuble gesandt. Es hatte aber alles nichts genützt.

Die erste offizielle Reaktion der Staatsregierung auf die Auflösungsankündigung war „Bedauern“ des sonst nicht um scharfe Worte verlegenen Günther Beckstein. **Nicht etwa wegen Rosenheim oder die gegen den Expertenrat gerichtete Entscheidung, die ja auch zu Lasten der Sicherheit in Bayern geht, sondern darüber, dass die Staatsregierung im Vorfeld nicht in die Entscheidung eingebunden gewesen sei!** CSU-MdB Kalb widersprach und erklärte, die Staatsregierung sei von Anfang an eingebunden gewesen. Beckstein stellte er damit als Lügner dar.

Wie der ertappte Dieb erklärte sich Beckstein also an der Entscheidung seines CDU-Freundes für unschuldig. **Bei allen Involvierten – inklusive der Bundespolizei – gab es nämlich einen Verdacht für die Missachtung des Expertenurteils: Jemand hatte im Vorfeld bei Schäuble Einspruch erhoben, um die schlechter bewerteten Standorte Deggendorf und Bayreuth zu retten – und damit über Rosenheim den Daumen gesenkt und die Experten überstimmt.** Dazu muss man wissen, dass in Niederbayern „CSU-Hoffnung“ Erwin Huber lebt. Bayreuth dagegen ist der Wahlkreis vom parl. Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe.....weiter S.2

Stärkung der ARGE

Die ARGE für den Landkreis Rosenheim hat vom Bund in diesem Jahr 6 zusätzliche Stellen genehmigt bekommen, bundesweit wurden für eine bessere Vermittlung Arbeitsloser 4.000 zusätzliche Stellen genehmigt, 2008 kommen noch mal 750 dazu. **Jetzt muss auch der Landkreis nachziehen, der sich bisher nur mit 10 % an den Verwaltungskosten der ARGE beteiligt – aus Sicht des Bundes wären 12,6 Prozent angemessen!**

60 plus-Vorsitz

Mit 94,12 % der Stimmen wurde ich auf der Landeskonferenz in Nürnberg als Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60 plus der BayernSPD wiedergewählt und vertrete weiterhin die rund 35.000 bayerischen SPD-Mitglieder über 60 Jahre!

Unter dem Motto **„Alt und Jung. Miteinander – Füreinander“** mit Gastredner Olaf Scholz wurden auch zahlreiche Beschlüsse gefasst, z.B. für die Stärkung der „jungen Alten“ in der Programmdebatte sowie die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung als solidarische Bürgerversicherung.

Bundespolizei: Chronik einer Posse – Teil II

Die lokale CSU blies nach der Entscheidung ins gleiche Rohr wie die Staatsregierung und wollte sich *„jetzt dafür stark machen, dass für die betroffenen Beschäftigten der Bundespolizei sozialverträgliche Lösungen gefunden werden“*. **Bereits kurz nachdem ich bekanntgab, dass ich mitnichten bereit bin, die skandalöse Entscheidung zu akzeptieren und für die Abteilung kämpfe, drehte sich der Wind: Die lokale CSU hatte sich offenbar umentschieden und kündigte an, nun doch für den Erhalt und nicht nur um eine sozialverträgliche Abwicklung kämpfen zu wollen!** Ein gewaltiger Grund war wohl auch, dass der öffentliche Druck sich sehr schnell größer als vielleicht erwartet entfaltete.

Schon kurz darauf durfte dann meine Kollegin Frau Raab für die CSU das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Staatsregierung und Innenministerium der Presse mitteilen, wonach über 450 der 500 Stellen (offiziell sind es 600 Planstellen, 100 davon sind aber z.Zt. nicht besetzt) gesichert seien und der Standort gerettet sei. Es bleibe gleichwohl bei der Auflösung der Bundespolizeiabteilung. Die um ihre Existenz kämpfenden Bundespolizeibeschäftigten wurden mit *„Wir können unser Glück kaum fassen“* zitiert. **Mein Hinweis, dass die Zahlenangaben geschönt sind, schaffte es leider nicht in Zeitung, immerhin aber der gleiche Hinweis seitens der angeblich so unglaublich glücklichen Bundespolizeibeschäftigten.** Diesen Hinweis quittierte die CSU mit der Forderung, nicht über den Kompromiss zu *„spekulieren“*. Das konnte nicht wundern, denn tatsächlich wurden von der CSU in diese 450 Stellen auch die Stellen eingerechnet, die von der Reform gar nicht betroffen waren und auch nicht direkt zur Bundespolizeiabteilung gehörten! Viele Stellen der CSU-Rechnung waren zudem keine geretteten Stellen sondern neue Stel-

len aus München. Letzteres ist zwar für die Stadt gut, nützt aber den hier lebenden Bundespolizisten und ihren Familien wenig, die umziehen müssen oder ihre Stelle verlieren. **Tatsächlich – so erfuhr ich aus dem Innenministerium – sollten laut Kompromiss maximal 300 Stellen erhalten bleiben. Das verkündete mittlerweile auch die CSU, ohne zu erwähnen, dass mal von 450 die Rede war!**

Mit dem bewusst geschönten Kompromiss wurde der Kampf um den Erhalt des Standortes ausgebremst. Ich hatte für den Erhalt wegen des massiven öffentlichen Drucks und des missachteten Expertenurteils doch noch eine Chance gesehen, wenn alle an einem Strang gegen Schäuble gezogen hätten. Mit dem Kompromiss war für die CSU aber die Sache gegessen – alles andere hätte ja vielleicht auch wieder Deggendorf oder Bayreuth gefährdet. Und es war klar, dass die **Öffentlichkeit mit dem wohlklingenden Kompromiss erstmal ruhig gestellt** ist.

Der Kompromiss selbst bleibt fraglich. Das Innenministerium hat sich u.a. bisher noch nicht offiziell zur eigentlich versprochenen Aufstockung der Kfz-Werkstatt geäußert. Die CSU kommentierte dies mit einem freudigen *„Der Bundespolizeistandort Rosenheim bleibt bestehen!“*. **Der „Standort“ bleibt tatsächlich bestehen, u.a. mit einer Inspektion, die Bundespolizeiabteilung selbst leider nicht, denn der Kompromiss bedeutet die Auflösung, genau wie Schäuble das wollte.**

Zusammenfassend bin ich froh, dass einige Beschäftigte der Bundespolizeiabteilung in Rosenheim bleiben können. Das ist gut für die Beschäftigten, ihre Familien und auch die Stadt Rosenheim. Nicht froh bin ich allerdings darüber, dass es überhaupt und wie es dazu kam.

Pflegeversicherung: Worum es geht	Rechtsanspruch kommt!	
<p>Die Zahl der älteren Menschen in Deutschland wie in Bayern nimmt beständig zu – allein in Bayern wird bis 2030 die Zahl der pflegebedürftigen Menschen von derzeit 300.000 auf circa 450.000 ansteigen.</p> <p>Die SPD will den Herausforderungen gerecht werden und einen neuen Pflegebegriff schaffen, der nicht nur an die körperliche Verfassung anknüpft sondern auch den psychischen und sozialen Hilfs- und Betreuungsbedarf berücksichtigt. In diesem Sinn wollen wir auch die Leistungen für demenziell erkrankte Menschen verbessern und die Pflegestufen überarbeiten. Es soll mehr Angebote aus einer Hand geben, durch die Einrichtung wohnortnaher Pflegedienstleistungszentren, die auch z.B. Hilfe im Haushalt anbieten.</p>	<p>Wir brauchen ein besseres Zusammenspiel der Hilfsangebote als auch Verbesserungen der Ausbildung, Qualifikation und Entlohnung der Pflegefachkräfte. Diskutiert werden muss zudem die berufliche Freistellung wegen familiärer Pflege. Ein entsprechendes Pflegezeitgesetz wird derzeit vorbereitet. Wir brauchen bessere Leistungen insgesamt und eine Dynamisierung der Pflegeleistungen.</p> <p>Die zusätzlichen Leistungen sind nicht umsonst zu haben, Beitragserhöhungen sind also nicht auszuschließen. Wir wollen zudem einen Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung schaffen. Die Einführung einer Kopfpauschale lehnen wir ab. Mit diesen Forderungen gehen wir in die Verhandlungen.</p>	<p>Ab 2013 wird es einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Geburtstag des Kindes geben. Bis dahin wird die Zahl der Kleinkinderbetreuungsmöglichkeiten massiv ausgebaut (für 35 Prozent der Kinder eines Jahrgangs), der Bund will ein Drittel der Kosten übernehmen. Das hat die SPD in der Großen Koalition durchgesetzt, obwohl die Union einen verbindlichen Rechtsanspruch der Eltern immer abgelehnt hatte. Die Gebührenfreiheit für Kinderbetreuung soll nun vor allem auf Landesebene vorangetrieben werden. In Rheinland-Pfalz hat Kurt Beck bereits das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei gemacht, bis 2010 folgen die anderen zwei Jahre. Die BayernSPD will dem folgen und die Staatsregierung mit dem Thema ordentlich vorantreiben!</p>

Mautausweichverkehr: Beckstein steckt Kopf in Sand

Zusätzliche Belastung durch Lärm und Abgase plagen seit Einführung der Lkw-Maut auf Autobahnen viele Anwohnergemeinden entlang der B 15. Anders als andere Landesregierungen hat die Staatsregierung bisher keine Bundesstraßen beim Bund zur Bemaunung angemeldet. Auch das von der Staatsregierung geforderte und über eine Bundesratsinitiative geschaffene Verbot von Durchgangsverkehr konnte – allen vorausseilenden CSU-Lobeshymnen zum Trotz – bisher keine Abhilfe schaffen. Die Regierung von Oberbayern lehnte eine Sperrung der B 15 für Lkw-Durchgangsverkehr wegen mangelnder Alternativstrecken schlichtweg ab.

Es bleibt also nur noch eine Lösung: Die Bemaunung der B 15 für Lkw. Mit dieser Forderung habe ich mich an Günther Beckstein gewandt. Der sieht aber offenbar keinen Handlungsbedarf. Zu meinem Erstaunen teilte er mit, dass die Erheblichkeit des Mautausweichverkehrs auf der B 15 nicht zweifelsfrei gegeben sei – Ende 2005 erklärte die Staatsregierung noch, dass es eine Steigerung um über 20 % gebe!

In anderen Worten: Der Mautausweichverkehr ist mittlerweile angeblich nicht der Rede wert! Besonders enttäuschend ist auch seine Antwort auf die Frage nach Alternativmaßnahmen der Staatsregierung gegen den Mautausweichverkehr auf der B 15. Die Staatsregierung plant demnach Nichts, Beckstein verweist lediglich auf die Bauprojekte der Bundesregierung mit Westtangente und den Baumaßnahmen bei Lengdorf und fordert eine Überarbeitung der von der Staatsregierung offenbar schlampig ausgearbeiteten Möglichkeit der Sperrung von Bundesstraßen für Lkw-Durchgangsverkehr. Für die B 15 habe das allerdings ohnehin keine Relevanz, so Beckstein.

Offenbar sollen wir verschaukelt werden. Zuerst wurde eine Bemaunung der B 15 mit dem Hinweis abgelehnt, dass die von der Staatsregierung ins Leben gerufene Sperrung für Durchgangsverkehr die bessere Lösung sei. Nachdem sich das aber als aufgeblasene CSU-Nullnummer herausgestellt hat, gibt es angeblich gar keinen nennenswerten Ausweichverkehr mehr!

Impressum:

Bürgerbüro
Angelika Graf MdB
Am Nörreut 19
83022 Rosenheim
Telefon: 08031-98230
Fax: 08031-299023
E-Mail: angelika.graf@wk.bundestag.de
Internet: www.grafspd.de

Abgeordnetenbüro
Angelika Graf MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227 77313
Fax: 030-227 76792
E-Mail: angelika.graf@bundestag.de

Für uns in Berlin:
Angelika Graf

SPD

In eigener Sache...

Liebe Genossinnen und Genossen,
Deutschland ist endlich wieder auf Wachstumskurs! Hiervon profitieren auch die Arbeitslosen, deren Zahl im Mai mit rund 3,8 Mio. auf dem niedrigsten Stand seit 5 Jahren ist. Erfreulich ist auch, dass sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse und gemeldete offene Stellen zunehmen.

Diese positive Entwicklung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt hat mit der **weltwirtschaftlichen Entwicklung** und der **Politik der Großen Koalition** mit gezielten Investitionsprogrammen zugunsten von Handwerk, Bauwirtschaft und Mittelstand – übrigens alles aus dem SPD-Wahlmanifest – zu tun. Wir ernten nun auch endlich die **Früchte der oft schmerzhaften aber notwendigen Strukturreformen der rot-grünen Bundesregierung!** Rot-Grün hat u.a. das reine Verwalten der Arbeitslosigkeit durch das Prinzip des „Förderns und Forderns“ ersetzt, die Lohnnebenkosten in den Griff bekommen, die hohen Steuern der „Ära Kohl“ massiv gesenkt sowie mit Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Umwelttechnologie, z.B. im Bereich Er-

neuerbare Energie, Märkte erschlossen. Einen entscheidenden Anteil an unserem Wachstumskurs haben auch die **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** sowie die **Gewerkschaften**. Diese haben lange Lohnzurückhaltung geübt und den Standort Deutschland gegenüber anderen Ländern, in denen die Löhne stiegen, wieder attraktiver gemacht. Deutschland ist dadurch noch wettbewerbsfähiger geworden. Jetzt müssen die Arbeitnehmer über vernünftige Lohnabschlüsse am Aufschwung beteiligt werden. Gleichzeitig brauchen wir aber auch eine Grenze nach unten, **Mindestlöhne**.

Zurzeit müssen wir nämlich zusehen, wie der Staat mit Steuergeldern Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanziell unterstützen muss, obwohl diese Vollzeit arbeiten. Der einfache Grund: Ihr Gehalt reicht einfach nicht zum Leben. **Ich meine, wir dürfen nicht zulassen, dass manche Betriebe sich aus der Verantwortung stehlen und Dumpinglöhne zahlen, um höhere Gewinne zu erzielen – während der Staat über das soziale Sicherungssystem die Zeche zahlt.** Das können eigentlich auch CDU und CSU nicht wollen!

MEINE WICHTIGSTEN TERMINE IM JUNI UND JULI 2007

18.06.bis 22.06.	Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
22.06. 14.00	Eröffn. „Bündnis für Familie“ + Mehrgenerationenhaus Wasserburg
22.06. 19.00	Weinfest OV Rohrdorf-Thansau in Rohrdorf, Thansauer Festplatz
23.06. 19.00	Sommerfest Frauenforum Rosenheim, Städtische Galerie
25.06.bis 26.06.	Parlamentarische Versammlung des Europarates, Straßburg
26.06. 19.00	Vernissage „Action Painting“ mit Barmer, Bürgerbüro Rosenheim
28.06. 10.45	Landesvorstand AG 60plus der BayernSPD, Nürnberg
28.06. 19.00	Treffen von „Gesicht Zeigen“ mit der Arbeiterwohlfahrt, Rosenheim
29.06. 15.00	SPD-Bundestagsfraktion vor Ort zur Ski-WM in Garmisch-Partenkirchen
30.06. 10.30	Juso-Landeskonferenz in Ingolstadt
30.06. 14.00	Stadtfest Rosenheim
01.07. 11.00	AsF-Landesvorstand in München
02.07.bis 06.07.	Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
12.07.bis 13.07.	Antragskommission zur 60 plus Bundeskonferenz in Kassel
14.07.bis 15.07.	Landesparteitag in Würzburg
16.07. 10.00	Eröffnung Bundestagsausstellung im Betreuungswahlkreis, Kempten
19.07. 19.00	SPD-Kreisvorstand in Kiefersfelden
25.07. 18.30	„Lebensraum Alpen“ mit Karin Roth in Kiefersfelden
26.06. 10.45	Landesvorstand AG 60plus der BayernSPD, Nürnberg
28.07. 10.00	25-Jahr-Feier Selbsthilfe Körperbehinderter, Rosenheim